

Auf der grünen Einbahnstraße

► Grüne sprechen vom Denkverbot

LZ vom 5. Februar 2018

Es gibt kein Denkverbot und auch kein Verbot der Meinungsfreiheit in der Hansestadt Lüneburg. Es stimmt aber bedenklich, wenn Denken nur in Einbahnstraßen verläuft.

Bereits in der Ratssitzung vom 16. Dezember 1999 träumten die Grünen davon, den Haushalt der Stadt Lüneburg durch den Verkauf von Avacon-Aktien zu sanieren. Dieser Versuch ist dann zum wiederholten Male gestar-

tet worden. Und erst, nachdem Herr Blanck Vorsitzender des Aufsichtsrates des Kurzentrums Lüneburg wurde, verstummten diese Forderungen.

Es ist ihm sehr schnell klar geworden, dass dank der jährlichen Dividende der Avacon-Aktien im SaLü die Eintrittspreise auf einem verträglichen Niveau gehalten werden.

Das Bad ist ein notorischer Verlustbringer, Sanierungen können zwar die Bausubstanz verbessern, ändern aber nichts an dem Dilemma der nachhaltigen tief-

roten Zahlen vor dem Einbringen der Avacon-Dividende.

Jetzt soll die Axt an die kommunale Daseinsvorsorge, nämlich das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum, gelegt werden. Die „LüWo“ das einzige Steuerungselement der Stadt Lüneburg für die Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum, soll verschandelt werden.

Der zu erzielende Verkaufserlös der „LüWo“ könnte die Ausgabenwünsche des Rates teilweise decken, löst aber auf keinen Fall das Problem der Schuldenfalle,

der Stadt, des Kreises, des Landes, des Bundes usw. Schulden der Allgemeinheit reduzieren sich nicht durch Verlagerung bis hin zur EZB, auf die dann mit dem Finger gezeigt werden kann. Schulden der Allgemeinheit können nachhaltig reduziert werden, indem die Axt an den Kosten angelegt wird.

Diese Chance sollten wir bei der positiven wirtschaftlichen Lage nutzen, denn das liegt in unserer Verantwortung und wir sind es unseren Nachkommen schuldig. *Wolfgang Weber, Lüneburg*